



General Carl von Clausewitz  
1780-1831

Werner Baach

**D**er Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a. D. Dr. Klaus Reinhardt, begrüßte zur 38. Sicherheitspolitischen Informationstagung an der Führungsakademie der Bundeswehr nahezu dreihundert Persönlichkeiten des In- und Auslands aus Politik, Militär, Wirtschaft, Gesellschaft und Publizistik. Die hochrangig besetzte Tagung war mit Schwerpunkt aktuellen sicherheitspolitischen Fragen und der Transformation der Bundeswehr gewidmet – Themen, die angesichts der tief greifenden Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfelds besondere Aktualität hatten. In die Thematik einführend, drückte Dr. Reinhardt seine Sorge aus, die fortwährenden Kürzungen der Haushaltsmittel für Verteidigung könnten sich nachteilig auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und damit auch auf ihre Befähigung zu Auslandseinsätzen auswirken. Von der Tagung erhoffe man sich Antworten auch auf die damit zusammenhängenden Fragen.

### Atlantische Partnerschaft – Schicksalsgemeinschaft für Europäer und Amerikaner

Nach Auffassung von Dr. Wolfgang Schäuble, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, steht in Deutschland derzeit »eine Versuchung zu außenpolitischer und sicherheitspolitischer Introvertiertheit« notwendigen Veränderungen, auch auf sicherheitspolitischem Gebiet, entgegen. In seinem Vortrag über grundlegende und

# Zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und zur Transformation der Bundeswehr

## 38. Sicherheitspolitische Informationstagung Clausewitz-Gesellschaft

aktuelle sicherheitspolitische Fragen erteilte er allen Überlegungen einer stärkeren Orientierung »in Richtung auf eine nationale Interessen betonende Politik« eine strikte Absage. Die Geschichte der Nachkriegszeit habe gezeigt, dass die Sicherheit der Bundesrepublik nur in integrierten Strukturen gewährleistet sei; das gelte für die Zukunft »immer stärker und nicht weniger«.

Folgerichtig sieht er für Deutschland und Europa keine Alternative zur Atlantischen Partnerschaft. In einer globalisierten Welt sei und bleibe sie die entscheidende Schicksals- und Wertegemeinschaft, in der »den Europäern als Partner niemand näher steht als Amerika«. Und wer in der europäischen Vereinigung eine Alternative zur Atlantischen Partnerschaft sehen wolle, wie gelegentlich immer wieder gefordert, der zerstöre im Zweifelsfall die europäische Einigung selbst.

Die Atlantische Partnerschaft zu verbessern bedeute aber auch, den europäischen Pfeiler im Bündnis zu stärken. Je mehr »europäische Fähigkeiten« entwickelt würden, desto größer werde die Relevanz der Europäer im atlantischen Zusammenspiel. Hier aber liegt nach Auffassung von Dr. Schäuble ein gravierendes »europäisches Dilemma«: ein Mangel an Fähigkeiten; zu geringe Effizienz der Beiträge; eine technologische Lücke zu den USA. Deutschland sei dabei »noch einmal ganz besonders schlecht«. Insgesamt seien die Verteidigungshaushalte der Europäer im Verhältnis zum amerikanischen zwar »nicht so schlecht«, doch müsse ihre Effizienz wesentlich verbessert werden, vor allem durch stärkere Zusammenarbeit und mehr Arbeitsteilung.

Wenn Europa im transatlantischen Verhältnis eine größere Rolle spielen wolle, müsse auch die Europäische Union (EU) eine stärkere Identität entwickeln. Die Menschen müssten sich stärker als Teil einer politischen Einheit Europas empfinden. Das aber könne nicht gelingen, wenn Europa »in seinen Grenzen völlig undefi-



Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Dr. Reinhardt, bei seinem Einführungsvortrag. Fotos: IMZ, Michael Mandt

nierbar« bleibe. Aus diesem Grund lehne er eine volle EU-Mitgliedschaft der Türkei ab, die nicht im strategischen Interesse des Atlantischen Bündnisses liegen könne. Auch gehe dann die wichtige Brückenfunktion der Türkei zum Islam verloren. Deshalb müsse »eine andere Form der engen Verbindung mit der Türkei« gefunden werden.

Zur Bundeswehr überleitend räumte Dr. Schäuble ein, auch eine CDU-geführte Regierung könnte »die Haushaltsprobleme der Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen und der äußeren und inneren Sicherheit im Besonderen nicht über Nacht« auflösen. Die eingeleitete Reform der Bundeswehr träfe nicht auf grundsätzlichen Widerspruch der Opposition. Was in der Planung aber völlig fehle, sei ein »Gesamtverteidigungskonzept mit dem Sicherheitsverbund zwischen äußerer und innerer Sicherheit«. Der Unionspolitiker sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Grundgesetzänderung aus, weil es »eine Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wie wir sie bislang gezogen haben und wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, nicht mehr gibt.« Für die Beteiligung des Bundestages an den Entscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr forderte er, die Verfahren neu und eindeutig klar zu regeln, um international die Verlässlichkeit Deutschlands bei gemeinsam zu treffenden Entscheidungen zu gewährleisten.

## Die Transformation der Bundeswehr: fundamental anders als frühere Reformen

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, charakterisierte die eingeleitete Transformation der Bundeswehr als »etwas fundamental anderes« als die bisherigen Reformen. Das ergebe sich aus dem sicherheitspolitischen Umfeld, das einer ständigen Dynamik unterworfen sei, die es immer komplizierter mache, »die Zeit überdauernde Vorhersagen und Konzepte zu formulieren«. Die eingeleitete Weiterentwicklung der Bundeswehr sei der Anfang des Transformationsprozesses. »Unternehmensziel« bis 2010 sei es, »flexiblere, einsatzfähigere Streitkräfte im multinationalen Rahmen und unter Umständen für eine lange Einsatzdauer« zu schaffen.

Die Transformation müsse aus einer Bundeswehr heraus bewältigt werden, deren »Raison d'être« sich verändert habe: Sie sei nicht mehr die Armee, die kämpfen können müsse, um nicht kämpfen zu müssen. Durch die »neuen Erscheinungsformen kriegerischer Auseinandersetzungen« sei sie »qualitativ ein aktives Instrument deutscher Sicherheitspolitik geworden«; und weiter: »Der Schutz Deutschlands dort, wo Gefahr für Deutschland entstehen kann, ist die beherrschende Aufgabe, und die Verteidigung gegen einen Angreifer, an welchen Grenzen auch immer, den nationalen oder den Bündnisgrenzen, ... hat einen anderen Stellenwert bekommen«.

Die neuen Strukturen müssten die Gewichte zwischen Unterstützung und Kampf [zu Gunsten des Letzteren] verändern. Die vorgesehenen Eingreifkräfte von 35.000 Mann machten die Bundeswehr »leistungsfähig im oberen Einsatzspektrum«, wenn es gelinge, sie »zur vernetzten Operationsführung im multinationalen Rahmen zu bringen«. Auch mit den

Stabilisierungskräften von 70.000 Mann, die für multinationale, streitkräftegemeinsame militärische Operationen niedriger und mittlerer Intensität und längerer Dauer im breiten Spektrum friedensstabilisierender Maßnahmen vorgesehen sind, könne sich die Bundeswehr sehen lassen. Allerdings sei es ein Problem, dass die Unterstützungskräfte [wegen Ressourcenbegrenzung] nicht so ausgelegt werden könnten wie es eigentlich nötig sei; man müsse daher auch über eine »sinnvolle, intelligente Zentralisierung« und die Nutzung modernerer, auch nichtmilitärischer Betriebsabläufe nachdenken.

Die Teilstreitkräfte würden auch in Zukunft gebraucht; sie müssten den Grund für den streitkräftegemeinsamen Einsatz legen. Aber, so der Generalinspekteur weiter, alle müssten lernen, dass es »keinen einzelnen Schauplatz« mehr geben werde, »weder für das Heer, noch für die Luftwaffe oder die Marine«. Der bisherige Weg, »Insellösungen innerhalb von Teilstreitkräften zu optimieren«, müsse verlassen werden. Zu viele Duplizitäten seien in der Bundeswehr versteckt, zahlreiche »Inseln« müssten miteinander verbunden werden, »um Festland für die Streitkräfte zu bekommen«. Dies, so die Erkenntnis, sei »einer der mühsamsten Prozesse«.

Auch müsse das Konzept der Landesverteidigung überdacht werden, weil sich das Kriegsbild für Deutschland grundlegend verändert habe. Nicht mehr Großoperationen wie zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation, sondern ganz andere Einsatzoptionen, z. B. im territorialen Bereich und im Katastrophenschutz, müssten stärker in Betracht gezogen werden. Das verlange es auch, das Zusammenwirken der für die innere und äußere Sicherheit vorgesehenen Kräfte und Mittel zu überprüfen. Die in der neuen Bundeswehrplanung vorgesehenen Kräfte müssten selbstverständlich auch in Zukunft das Territorium Deutschlands schützen können.

Auch die Führerausbildung muss transformiert werden. Zwar dürften bewährte Führungsgrundsätze wie das Führen durch

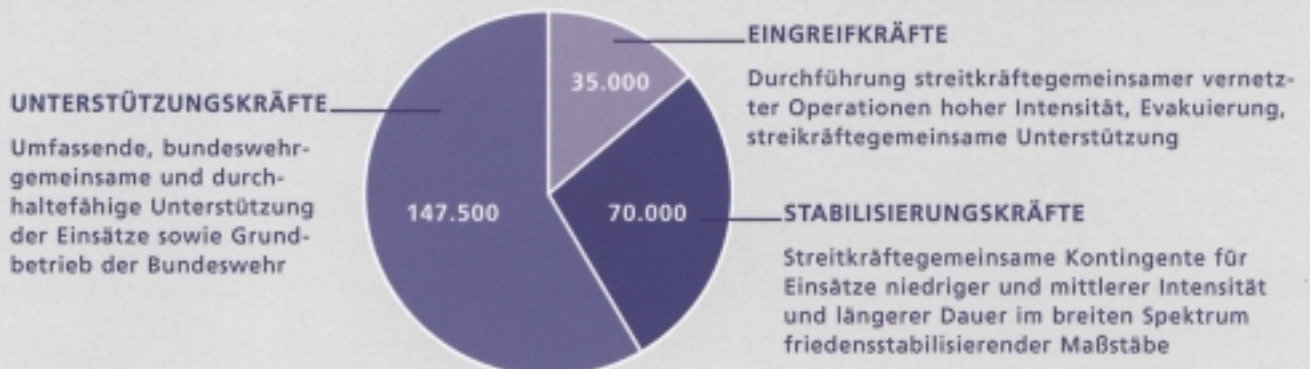
Auftrag nicht aufgegeben werden, aber sie müssten »in eine andere Erscheinungsform von Krieg hinein« weiterentwickelt werden. Die Auslandseinsätze hätten gezeigt, dass sich Führungsentscheidungen zunehmend nach unten verlagerten. Die Anforderungsprofile seien »deutlich höher geworden als in der Vergangenheit, und sie seien »unendlich anders, als nur das Gefecht der verbundenen Waffen zu beherrschen.« Vor allem »Network Centric Warfare« mit der Kombination von schneller Aufklärung, schneller Führung und schneller Waffenwirkung verlange auch eine Antwort auf die Frage, ob der Führungsvorgang, wie er heute gelehrt werde, noch ausreiche.

## Neuordnung der Führerausbildung: ein Prozess lebenslangen Lernens

In seinem traditionellen Vortrag zur Lage der Führungsakademie der Bundeswehr trug ihr Kommandeur, Generalmajor Hans-Christian Beck, über die Neuordnung der Stabsoffiziersausbildung vor, deren Notwendigkeit sich aus dem erweiterten Aufgabenspektrum der Streitkräfte und ihrer neuen Einsatzorientierung ergäbe.

Das vom Militärischen Führungsrat (MFR) am 27. April 2004 gebilligte neue Konzept der Stabsoffiziersausbildung umfasst, verglichen mit dem derzeitigen, einen deutlich umfangreicheren streitkräftegemeinsamen Ansatz; dies basiert auf dem Grundgedanken, dass Einsätze heute und in Zukunft »streitkräftegemeinsam im Verbund der militärischen Organisationsbereiche im multinationalen sowie im streitkräfteübergreifenden Rahmen« durchgeführt werden. Zum anderen soll ein Teil des Ausbildungsangebots im Sinne »lebenslangen Lernens« – im Unterschied zum derzeitigen Ausbildungskonzept, in dem die Lehrgänge in der Regel vor dem 40. Lebensjahr abgeschlossen sind – besser verteilt wer-

### KRÄFTEKATEGORIEN DER STREITKRÄFTE





Die rund 300 Teilnehmer trugen durch ihre Beiträge wesentlich zum Gelingen der Tagung bei.

den. Das bedeute, so General Beck, »eine Vervielfachung des Ausbildungsangebotes nach dem 40. Lebensjahr«.

Der neue Stabsoffizierlehrgang (SOL) wird aus dem bisherigen Lehrgang weiterentwickelt. Er wird, in zwei Phasen unterteilt, neun statt bisher 13 Wochen dauern und ein Prüfungslehrgang bleiben. Im ersten Ausbildungsabschnitt werden die Themenkreise Staat, Gesellschaft und Militär, berufliches Selbstverständnis und Innere Führung im Mittelpunkt stehen, im zweiten werden Kenntnisse über militärische Kernkompetenzen und Einsatzführung vermittelt. Die Forderung laute, so General Beck: »Streitkräftegemeinsam denken und handeln; Konzentration auf die Grundlagenausbildung als Voraussetzung für weiterführendes Lernen«. Der erste SOL neuer Art soll im dritten Quartal 2005 beginnen.

Der nationale Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst (LGAN) wird aus der bewährten bisherigen Form heraus weiterentwickelt. Die Lehrangebote sollen miteinander weiter verzahnt und die Streitkräftegemeinsamkeiten betont werden. Der »idealtypische Verlauf« des neuen LGAN sei: »Großteil der Ausbildung in streitkräftegemeinsamen, gemischten Hörsälen, dazwischen zu Heer, Marine und Luftwaffe zurück, wenn es darum geht, das System der eigenen Teilstreitkraft zu verstehen«. Der Lehrgang von zwei Jahren Dauer wird seit diesem Oktober nach neuem Konzept durchgeführt.

Der Lehrgang Generalstabsdienst mit internationaler Beteiligung (LGAi) wird in der bewährten Form fortgeführt, doch sollen seine Inhalte schrittweise denen des LGAN angepasst werden. Der Führungslehrgang Streitkräfte schließlich, der für alle anderen Stabsoffiziere vorgesehen ist, wird verkürzt, sein Inhalt mit Schwerpunkt

auf die Vorbereitung für den Einsatz in nationalen und internationalen Stäben konzentriert. In der Regel soll die Teilnahme an ihm zwei Jahre nach dem SOL erfolgen.

Abschließend erläuterte General Beck das »Modulare System«, das ein Kernstück des neuen Ausbildungskonzepts sein wird. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein System unterschiedlicher Lehrgänge, das den Stabsoffizieren eine lebenslange Weiterbildung nach Bedarf gewährleisten soll. Frequenz, Inhalt und Reihenfolge der angebotenen Module sollen sich nach dem individuellen Verwendungsaufbau, den dienstlichen Erfordernissen und den persönlichen Zielen des Stabsoffiziers richten. Das endgültige Konzept der modularen Ausbildung ist noch in Erarbeitung.

### Engagiertes Plädoyer für die Allgemeine Wehrpflicht

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Hans-Georg Wagner bewertete in seinem Vortrag »Aktuelle Sicherheitspolitik und Lage unserer Streitkräfte« zunächst die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Mehr als 7.300 deutsche Soldatinnen und Soldaten befänden sich zurzeit in sieben Operationen auf drei Erdteilen im besonderen Auslandseinsatz. Auf KFOR und SFOR näher eingehend, beurteilte Staatssekretär Wagner die Entwicklungen deutlich unterschiedlich: Im Kosovo sei die Lage labil, so dass es zur Präsenz von KFOR – und damit auch der Bundeswehr – auf absehbare Zeit keine tragfähige Alternative gebe. Dagegen erlaube es die positive Entwicklung in Bosnien, die militärische Präsenz der NATO zu re-

duzieren. Ende 2004 werde dann die Europäische Union die Nachfolgeoperation übernehmen.

Auch in Afghanistan, wo derzeit rund 2.100 deutsche Soldaten im Rahmen von ISAF eingesetzt sind, sei die Lage sehr fragil. Ein Abzug der Bundeswehr oder gar der NATO insgesamt »wäre ein sicherer Weg zurück in den Bürgerkrieg – und es wäre eine Niederlage im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus«, so Wagner. Einer Zusammenfassung von ISAF und Enduring Freedom (OEF) stehe Deutschland allerdings »äußerst skeptisch« gegenüber. Obgleich beide Operationen wichtige Ziele verfolgten, entstünde durch eine Zusammenlegung die Gefahr, dass die auf Vertrauen und Kooperation mit der Bevölkerung angewiesene ISAF als Teil der stärker kampfbetonten OEF wahrgenommen würde und »zwischen die Fronten« geriete.

Einen Einsatz der Bundeswehr im Irak schloss Staatssekretär Wagner kategorisch aus. Unbeschadet dessen habe die Bundesregierung »ein elementares Interesse am Gelingen des Nachkriegsprozesses«. Die Probleme des Wiederaufbaus seien jedoch immens, und die Sicherheitslage scheine, zumindest zeitweise und in Teilen des Landes, »außer Kontrolle« zu sein. Vordringlich sei es, Sicherheit und öffentliche Ordnung wieder herzustellen, die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung abzudecken sowie eine funktionierende Verwaltung und einen legitimierten Regierungsapparat aufzubauen. Deshalb werde die Bundesregierung – wie auf dem NATO-Gipfel von Istanbul Ende Juni 2004 beschlossen – den Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe unterstützen.

Mit der »Weiterentwicklung der Bundeswehr« hat nach Auffassung des Staatssekretärs erst »ein erster Abschnitt des Transformationsprozesses« begonnen. Die Transformation selbst reiche aber weit darüber hinaus. Es gehe »im Kern ... um Integration, das heißt, um die Schaffung von Synergieeffekten durch das Verbinden von Konzepten, Ausbildung, Material und Technologien«. Und es gehe um eine »neue Kultur des Denkens in einem neuartigen, umfassenden und kontinuierlichen Innovationsprozess«, der sich an den sich wandelnden sicherheitspolitischen Herausforderungen und den technologischen Umwälzungen orientiere, nicht an Jahreszahlen.

Staatssekretär Wagner schloss seine Ausführungen mit einem engagierten Plädoyer für die Allgemeine Wehrpflicht. Sie sei »die bessere Wehrform für unser Land«, und es lohne sich, für sie zu kämpfen. Bei einer Änderung bestehe die Gefahr, dass die enge Verknüpfung von Gesellschaft und Streitkräften aufbreche. Die hohe so-



Staatsekretär im BMVg Wagner (Mitte), General Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr (li.) und General a.D. Dr. Reinhardt während der Aussprache.

ziale Kompetenz der Soldaten aller Dienstgrade sei ein direktes Resultat dieser Wehrform, und eine Bundeswehr ohne Wehrpflicht werde sich gerade auf diesem Gebiet verändern. Mit der Wehrpflicht sei eine Verteidigungs- und Streitkräftestruktur entstanden, die seit fast fünf Jahrzehnten durch einen intelligenten Mix von Wehrpflichtigen, Reservisten sowie Zeit- und Berufssoldaten hohe Professionalität und gesellschaftliche Integration garantiere.

Die Wehrpflicht sei zudem »eine Säule der Transformation der Bundeswehr und für die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte in der angestrebten Form unverzichtbar«. Eine reine Freiwilligenarmee verursache selbst bei deutlich geringeren Umfängen nicht weniger, sondern mehr Kosten. Müsste die Bundeswehr ihren Personalbedarf allein auf dem freien Markt decken, so müsste sie ihre Attraktivität deutlich und mit hohem Kostenaufwand steigern. Der Wechsel zu einer Freiwilligenarmee erlaube dann nur noch die Wahl zwischen zwei Optionen: einer deutlichen Erhöhung des Verteidigungshaushalts – was auf absehbare Zeit nicht realistisch sei – oder einer weiteren drastischen Reduzierung des Umfangs der Bundeswehr.

## Gedanken zu »Clausewitz gestern und heute«

Drei Beiträge zu Leben und Wirken von Carl von Clausewitz rundeten das Programm der Informationstagung ab:

Oberst i. Gst. Dr. phil. Roland Beck, Leiter der Sektion Schweiz der Clausewitz-Gesellschaft, trug über den Aufenthalt von Carl von Clausewitz (1780–1831) in der Schweiz vor. Clausewitz war in gedrückter Gemütsverfassung nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon mit Prinz August von Preußen (1779–1843) am 11. August 1807 auf Schloss

Coppet am Genfer See eingetroffen, nachdem der Friede von Tilsit den beiden Kriegsgefangenen eine gewisse Lockerung der Internierung gebracht und ihnen die freie Bewegung im französischen Herrschaftsbereich erlaubt hatte. Schloss Coppet war zu dieser Zeit ein geistiger Anziehungspunkt der aufgeklärten und liberalen Welt, residierte doch hier die berühmte Schriftstellerin Germaine de Staël (1766–1817) in Gesellschaft ihres ständigen Begleiters August Wilhelm von Schlegel (1767–1845).

Im Mittelpunkt der Bewunderung des Carl von Clausewitz stand allerdings Friedrich Schiller, von dessen Pathos er völlig ergriffen wurde. Das 1804 erschienene Nationalepos der Schweiz, Wilhelm Tell, verbunden nun mit dem persönlichen Erleben des Landes lieferten Clausewitz die seelische Nahrung, die er nach dem katastrophalen Zusammenbruch Preußens dringend brauchte. Insofern bedeutete der Besuch der Schweiz für ihn innere Sammlung und den Aufbau von seelischen Kräften für den Befreiungskampf Preußens. Das Beispiel Wilhelm Tell und der Freiheitskampf der Eidgenossen gegen mörderische Tyrannen hatten Clausewitz gezeigt, dass sich ein Freiheitskampf in schier aussichtsloser Lage und gegen die erdrückende Übermacht eines Gegners lohnt und zu einer unabhängigen, souveränen und blühenden staatlichen Existenz führen kann.

Kapitän z.S. a.D. Prof. Dr. Lennart Souchon, Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ), stellte an den Anfang seiner Ausführungen Betrachtungen zur strategische Lage Europas, die sich fundamental verändert habe. Die Bedrohungen euro-atlantischer Sicherheit resultierten heute »aus einer Regionalisierung des Konfliktgeschehens bei gleichzeitiger Globalisierung und Transnationalisierung der Gefährdung«. Trotz gravierender Ge-

fährdungen gebe es heute aber weder eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik noch eine verbindliche Strategie. Auf der Suche nach einer »methodischen Basis für die Entwicklung einer verbindlichen europäischen Sicherheitsstrategie« könnte nach Auffassung von Dr. Souchon zwar eine Vielzahl von Theoretikern herangezogen werden, gleichwohl offeriere »nur die Clausewitz'sche Kriegstheorie eine ertragreiche, in ihren Elementen von der Zeitgebundenheit gelöste substanzuelle Methode des Denkens«. Er erläuterte dies an einigen ausgewählten, skizzenhaft vorgetragenen Grundsätzen des Generals von Clausewitz, die ein Indiz für die Aktualität und Qualität seiner Aussagen hinsichtlich der Formulierung einer verbindlichen Strategie sein könnten.

Professor Dr. Souchon gab anschließend einen Überblick über die Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums in den Jahren 2003 und 2004. Er erläuterte zudem die Überlegungen zum Internationalen Clausewitz-Institut für Strategische Studien an der Universität Potsdam, das sich, auch mit Unterstützung der Clausewitz-Gesellschaft, in der Gründung befindet. Das Institut wird nach Auffassung von Dr. Souchon eine Lücke schließen; seine Arbeit soll »bewusst interdisziplinär sein, offen sein und möglichst alle geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen zusammenführen und dann eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Streitkräften und Politik erreichen«. In einer konstituierenden Sitzung am 6. April 2004 wurden Grundzüge und die Vorgehensweise für die Gründung des Instituts diskutiert und formuliert.

Prof. Dr. Beatrice Heuser, Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Potsdam, stellte ihre Arbeiten an einer deutschen Fassung ihres Buches »Reading Clausewitz« vor. Das Buch, das im Jahr 2005 erscheinen soll und dessen Herausgabe durch die Clausewitz-Gesellschaft unterstützt wird, will ein breites Publikum ansprechen. Wichtigste Aufgabe des Buches soll es sein, »Berührungsängste mit dem komplexen Werk von Clausewitz' abzubauen«. Über Zielsetzung, Gliederung und Inhalt des Buches wird zu gegebener Zeit ausführlicher berichtet.

In seinem Schlusswort dankte General a.D. Dr. Reinhardt allen Vortragenden, Teilnehmern und Organisatoren, die mit ihren fundierten Beiträgen zum Gelingen der Tagung beigetragen hätten. ■

*Oberst a. D. Werner Baach ist freier Journalist und Beauftragter des Vorstands der Clausewitz-Gesellschaft für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Informationen über die Clausewitz-Gesellschaft: [www.clausewitz-gesellschaft.de](http://www.clausewitz-gesellschaft.de)*